

APOLOGETISCHE BLÄTTER

Mitteilungen des Apologetischen Instituts des Schweizerischen katholischen Volksvereins

Postcheck-Konto VIII 27842

Zürich / Hirschengraben 86

Preis vierteljährlich Fr.3.- Erscheint wöchentlich im Umfang v.ca. 10 Seiten
Nachdruck mit Quellenangabe gestattet

Nr.27

29. Juli 1939

3. Jahrgang

Die Doppelnummer 28/29 erscheint am 12.August.

I n h a l t

1. Sozialismus in der Schweiz

- a) Zur Geschichte der sozialistischen Bewegung in der Westschweiz..... S.1
- b) Um das marxistische Klassenkampfprinzip S.4

2. Protestantische Heidenmissionen

- Statistisches zur Weltmissionskonferenz S.6

3. Nationalsozialismus

- Der grossdeutsche Studententag in Würzburg S.7
 - (1. Die neuen Kameradschaften S.7
 - 2. Das sozialistische Wollen S.7
 - 3. Revolution und Tradition S.9
 - 4. Ueberblick S.10)

1. Sozialismus in der Schweiz

a) Zur Geschichte der sozialistischen Bewegung in der Westschweiz

Von Dr. Jakob Ragaz ist im Verlag H.R. Sauerländer & Co., Aarau in der Sammlung "Schweizerische Beiträge zur Wirtschafts- und Sozialwissenschaft" als Heft III 1938 eine Studie erschienen: "Die Arbeiterbewegung in der Westschweiz".

Ragaz hat aus einer grossen Anzahl bereits erschienener Bücher, aus Zeitschriften und eigener Beobachtung die Faktoren zusammengetragen, die für die westschweizerische sozialistische Bewegung von Bedeutung sind und ihren Charakter beeinflusst haben.

Die Eigenarten, die den besonderen Charakter der westschweizerischen Arbeiter-

bewegung ausmachen, sind:

- 1) ein stark betonter Individualismus, der in seinem Extrem zu grundsätzlicher Ablehnung jeder Zentralgewalt führte, sowohl einer solchen innerhalb des Staates als auch innerhalb der sozialistischen Bewegung;
- 2) ein Radikalismus der Sozialisten, der seinen Ausdruck z.B. 1870 in der Unterstützung der Pariser Commune durch westschweizerische Sozialisten fand, 1914 in der Ablehnung der Mobilmachungskredite (denen die schweizerischen Sozialisten im Nationalrat zustimmten), und in einer guten Zusammenarbeit mit den Kommunisten;
- 3) eine besondere Art der Zusammenarbeit mit den Arbeitgebern.

Den Individualismus der Westschweizer führt Ragaz zum Teil auf die Sprachgemeinschaft mit Frankreich zurück. Durch die französische Presse, die in der Westschweiz gelesen wird und infolge der Aktivität von Franzosen in der Westschweiz findet der individuelle Geist der Franzosen hier Eingang.

Eine weitere Erklärung sieht Ragaz in der Kirchengeschichte. Calvin und Vinet traten sehr für das Recht der Persönlichkeit ein und kämpften, zunächst auf kirchlichem Gebiet, gegen die einengende Staatsmacht. Von ihnen ging die Freikirchenbewegung aus, der Kampf griff aber auch auf weltliche Gebiete über. Vinet trat ganz allgemein für das Recht der Persönlichkeit ein, er wehrte sich dagegen, dass dem Menschen die Selbständigkeit abgesprochen wird und betonte, dass eine Vernichtung der Persönlichkeit den Untergang der Gesellschaft bedeute (S.9) Das erklärt, dass mancher Sozialistenführer der Freikirche angehörte.

Der Individualismus der Westschweizer bereitete einer Zusammenfassung aller Arbeiterorganisationen der Schweiz anfangs grosse Schwierigkeiten. Guillaume, der Vertreter der Jura-Föderation, nannte auf dem ersten allgemeinen Arbeiterkongress in Olten 1873 einen Nationalverband aller schweizerischen Sektionen der Internationale eine Ungeheuerlichkeit wegen der Verschiedenheit der Anschauungen und Interessen. Der Zusammenschluss kam zwar trotzdem zustande; Konflikte brachen aber immer wieder aus.

Die "Fédération jurassienne" erklärte sich 1873 nach der Gründung des "Schweizerischen Arbeiterbundes" bereit, mit den Deutschschweizern von Fall zu Fall zusammenzuarbeiten, lehnte aber den Beitritt ab, weil ihr der Bund zu zentralistisch war (S.130).

1891 wurde ein besonderer romanischer Gewerkschaftsbund gegründet, um beim Schweizerischen Arbeitersekretariat zu erreichen, dass die französisch sprechenden Arbeiter mehr berücksichtigt würden. 1896 hatte er sein Ziel erreicht; das Arbeitersekretariat stellte einen französisch sprechenden Adjunkten ein, 1906 löste sich der romanische Gewerkschaftsbund auf. 1905 wurde von Syndikalisten nochmals ein besonderer romanischer Gewerkschaftsbund zum Kampf gegen den Zentralismus und gegen die Gewerkschaftsbürokratie gegründet, die "Fédération des Unions ouvriers de la Suisse romande". Dieser Gewerkschaftsbund erlangte eine grosse Bedeutung. 1907 hatte er schätzungsweise 7000 Mitglieder. Während des Weltkrieges löste er sich auf. Zu denen, die grundsätzlich jede Zentralgewalt ablehnten, gehörten vor allem Guillaume und Bakunin.

Der Radikalismus der Westschweizer wurde durch den Einfluss von Ausländern verstärkt, die in der Westschweiz ein besonders gutes Arbeitsfeld hatten. Ragaz führt an, dass nirgends die Zusammenarbeit zwischen Einheimischen und Fremden so gut war wie in der Westschweiz. Als alle anderen Kantone auf den Druck des Auslandes hin unbarmherzig gegen die politischen Flüchtlinge vorgingen, weigerten sich Genf und Lausanne, den 1836 von der Tagsatzung gefassten Beschluss auf Ausweisung aller politischen Flüchtlinge durchzuführen.

Die politischen Flüchtlinge sowohl als auch die in grosser Zahl in der Schweiz beschäftigten deutschen Handwerker (1840 schätzungsweise 20 - 25,000) wirkten durch ihre politische Arbeit auf die schweizerische Arbeiterbewegung. Zum Teil hatten die Ausländer ihre eigenen Organisationen; sie wurden aber in den meisten Fällen auch völlig gleichberechtigt in den schweizerischen Organisationen geduldet. Die Bedeutung der deutschen Handwerkervereine in der Schweiz geht daraus hervor, dass bis zur Gründung der "Internationalen Arbeiterassoziation"

1864 in der Schweiz nur hauptsächlich zwei Organisationen bestanden, nämlich die deutschen Handwerkervereine und der Schweizerische Grütliverein.

Infolge der Initiative des Italieners Mazzini schlossen sich die italienischen, deutschen und polnischen Flüchtlinge zum "Jungen Italien", "Jungen Deutschland" und zum "Jungen Polen" zusammen. Diese drei Verbände bildeten 1834 das "Junge Europa", zu dem sich bald darauf auch noch eine "Junge Schweiz" gesellte. Das "Junge Europa" hatte die Devise: "Freiheit, Gleichheit, Humanität!". Sowohl die westschweizerische Arbeiterbewegung als auch die Vereine der deutschen Handwerker in der Schweiz wurden von den Ideen des "Jungen Europa" beeinflusst.

In den Vereinen der deutschen Handwerker, deren erster 1833 in Biel auf die Initiative von Ernst Schüler hin entstand, und die sich bald darauf auf die ganze Schweiz ausdehnten, wurde unter Schülers Leitung eine planmässige illegale Arbeit geleistet. Nachdem in öffentlichen Sing- und Lesevereinen den Teilnehmern die nationalen und demokratischen Ideale nähergebracht worden waren, wählte man die Vertrauenswürdigsten aus und führte sie in die geheimen engeren Zirkel ein. Intellektuelle wurden ferngehalten, da man mit ihnen die schlechte Erfahrung gemacht hatte, dass sie den Idealismus der Arbeiter auf eigennützige Weise ausgebeutet hatten. Seit 1849 arbeitete auch Wilhelm Liebknecht in diesen Vereinen.

Eine recht originelle Erscheinung unter den Führern der westschweizerischen Arbeiterbewegung war Pierre Coullery, der 1819 geboren wurde. Seine religiös-soziale Weltanschauung führte ihn dazu, die soziale Befreiung der Ausgebeuteten zu verlangen. Es war seine Meinung, dass die Arbeiter sich selber ihr Recht verschaffen müssten, dass sie nicht mit dem guten Willen der Reichen rechnen könnten. Er hielt es auch für nötig, dass die Arbeiter manches Laster ablegten. So kämpfte er gegen den Alkoholismus, sehr eindrucksvoll direkt in den Kneipen, er setzte durch, dass in den Versammlungen der Arbeiterpartei weder geraucht noch getrunken wurde und trat für die Würde der Frau ein. Er erklärte auf dem Kongress für unsittliche Literatur 1891, dass zu den schlechten Büchern auch die Zivilgesetzbücher und Zivilprozessordnungen gerechnet werden müssten, die die Sklaverei der Frau in Ehe und Gesellschaft begründeten.

Coullery legte sich nicht auf eine bestimmte Partei fest, es war ihm gleich, mit wessen Hilfe er seine Ideen durchsetzte. Sobald er nach seiner Auffassung in einer Partei den guten Willen vermisste, wechselte er zu einer andern über. So war er bald für die Radikalen, bald für die Gewerkschaften, dann für die Demokraten oder Freisinnigen oder für die Konservativen tätig. Es wurde ihm deshalb der Vorwurf der Charakterlosigkeit gemacht, doch scheint er Ragaz einfach zwar guten Willens, aber in Bezug auf die Durchsetzung seiner Ziele nicht realistisch genug gewesen zu sein.

Ragaz geht besonders auf das Verhältnis zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern in der Uhrenindustrie ein, dem beherrschenden Industriezweig in der Westschweiz.

Er zeigt, wie bei diesen Arbeitern ein Standesbewusstsein entsteht, weil von ihnen eine komplizierte und oft recht gut bezahlte Arbeit verlangt wird, sodass die Organisierung schwer war. Die Arbeiter zogen es oft vor, sich mit den Meistern oder kleineren Fabrikanten gegen die Uhrenfabrikanten, ihre Abnehmer, zu vereinigen. Dies ging sogar so weit, dass bis 1930 in der Goldschalenindustrie ein regelrechtes Monopol aufrecht erhalten wurde. Und zwar beruhte es einzig auf dieser Zusammenarbeit, denn da weder grosse Kapitalien erforderlich waren, noch ein natürliches Monopol bestand, hätten Konkurrenzbetriebe an sich leicht aufkommen können (S.18).

Nachdem Ragaz so die Eigenheiten der westschweizerischen Arbeiterbewegung dargetan hat, fragt er nach den Folgerungen für die Gestaltung der Zukunft. Er kommt zu dem Schluss, dass der Erfolg des Kampfes wesentlich von dem Einsatz des einzelnen abhängt. Gerade, wenn ihn zunächst nur eine kleine Anzahl aufnimmt, dann "ist der Sieg nur möglich, wenn eine Kerntruppe von Menschen da ist, welche mit Wort und Tat für die Grundsätze eintreten, deren allgemeine Befolgung die Rettung der menschlichen Gesellschaft bedeutet, unabhängig davon, wieviele augenblicklich mit ihnen gehen. Dann besteht die Hoffnung, dass die grosse Masse der

weniger Entschiedenen ihnen folge."

Wir haben den Inhalt der Schrift von Dr. Jakob Ragaz mitgeteilt, weil er uns manches aus der heute von L.Nicole geführten sozialistischen Bewegung der Westschweiz besser verstehen lässt.

b) Um das marxistische Klassenkampfprinzip.

Vor drei Jahren vollzog sich in der schweizerischen Sozialdemokratie eine Wandlung. Es setzte sich die Richtung durch, die zu den bürgerlichen Parteien, zum bisherigen "Klassenfeind" eine positive konsequente Haltung der Verständigung forderte. Damals schrieb einer ihrer Wortführer, Hugo Jordi; "Es bleibt nur eine Lösung: Der Verzicht auf das zum reinen Phantom gewordene Ziel der politischen Machteroberung durch die Sozialdemokratie... Die S.P. muss sich ohne Vorbehalt lossagen vom Prinzip des Klassenkampfes" ("Umbau und Aufbau, Schicksalsfragen der schweizerischen Sozialdemokratie" S.14).

Anlässlich des Entscheids in der Militärfrage kam es Anfang 1937 zur sog. Verständigungspolitik.

Auf dem Lausanner Parteitag der S.P.Schweiz am 22.u.23.April d.J. kam es nun zu einem Aufgeben der bisherigen Verständigungspolitik. Hauptsächlich auf Betreiben von L.Nicole (Genf) wurde die interparteiliche Zusammenarbeit "in der bisherigen Form" abgesagt, nur ein Zusammengehen "in dieser oder jener Form" wurde offen gelassen (vgl."Apolog.Blätter" Nr.16, 13.Mai 39). Die Kommunisten haben mit Genugtuung quittiert, dass die Sozialdemokratie endlich die "Burgfriedenspolitik" aufgegeben haben und wieder zur marxistischen Position des Klassenkampfes zurückgekehrt sei.

Freilich, die Resolution war reichlich unklar abgefasst. Was heisst schliesslich, Zusammenarbeit nicht mehr "in der bisherigen Form", sondern nur noch "in dieser oder jener Form" ? - Nun erscheint im Juliheft der "Roten Revue", dem offiziellen Organ der S.P.Schweiz ein Leitartikel von Robert Grimm, der in der Haltung der Sozialdemokraten in der Klassenkampffrage sich bestimmter auslässt und dem - R.Grimm ist Präsident der sozialdemokratischen Nationalratsfraktion - mehr als nur private Meinung zukommt.

R.Grimm greift zunächst die Klagen auf, die auch in Lausanne zur Sprache kamen und macht den Bürgerlichen den Vorwurf, die Verständigungspolitik verunmöglich zu haben: "In einer Reihe von Fragen der praktischen Politik wurde die ehrlich und lauter dargereichte Hand (der Sozialdemokraten, d.R.) schroff zurückgewiesen. In der Finanzreform, in der Besoldungsangelegenheit des eidgenössischen Personals, in wirtschaftlichen Belangen, in der Aussenpolitik ging man über die Begehren und Postulate der Partei hinweg. Die bürgerlichen Parteien glaubten, der Sozialdemokratie das Ducken beibringen zu müssen... Verständigung ja, wenn man die Zumutungen akzeptieren würde, Verständigung nein, wenn man sich auf Würde besann und auf die Lebensinteressen der Arbeiterschaft nicht verzichtete".

Die Verständigungspolitik gilt somit für die Sozialdemokratie als gescheitert. Was nun? Grimm meint, es sei jetzt "eine neue geschichtliche Phase der schweizerischen Gegenwartspolitik eingeleitet, die wohl zutreffend mit dem Kennwort Realpolitik charakterisiert wird."

Was ist nun "Realpolitik"? Realpolitik bedeutet nach Grimm, "dass man seine politischen Handlungen nach den Tatsachen und den aus ihnen fliessenden Notwendigkeiten richtet, unbekümmert um das Einverständnis des andern. Und je mehr auch der andere von den Tatsachen ausgeht, je besser er sie erkennt, umso eher ist eine Uebereinstimmung des praktischen Handelns möglich. Die Verständigung erwächst dann nicht als Produkt eines vorgefassten Verständigungswillens, eines Wunschgedankens, sie ergibt sich zwangsläufig aus der übereinstimmenden Auffassung der Tatsachen oder - um konkreter zu werden - der lauernden Gefahren, die an das Lebensmark des Volkes gehen."

Grimm meint, im Sinne dieser Realpolitik habe die Sozialdemokratie "einer Uebergangslösung in der Finanzreform zugestimmt, obwohl sie materiell mit Ausnahme einer stärkeren Dotierung der Altersfürsorge nur den bisherigen, von ihr bekämpften Zustand legalisierte". Im Sinne der gleichen Politik seien aber auch Forderungen erfüllt worden, die auch den Wünschen der Sozialdemokratie entsprachen, so u.a.: "In der Besoldungsfrage des eidgenössischen Personals wurde die Stabilisierung der Löhne, praktisch eine weitergehende Milderung des Lohnabbaues und zugleich eine befriedigende Ordnung der Pensionskassenverhältnisse erzielt. Die Arbeitsbeschaffungsinitiative hat zu einem vollen Erfolg geführt. Gleichzeitig wurde der Einbruch in die Unantastbarkeit des Abwertungsgewinnes durchgesetzt... Das Heimarbeiterschutzgesetz ist im Nationalrat sozusagen diskussionslos angenommen worden. Die Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen mit Russland ist heute nicht mehr nur eine Forderung der Arbeiterschaft; sie wurde vom Parlament zum Beschluss erhoben..."

An die Adresse der Linkssozialisten, die am Klassenkampf festhalten wollen, richtet Grimm den Appell: "Marx hat gelehrt, dass sich gesellschaftliche und politische Uebergänge nicht bruchartig vollziehen. Die Adepten des Marxismus vergessen diese Lehre nur allzu oft und vergessen sie besonders dann, wenn sie die Bilanz der neuen, unter den Einwirkungen des Wechsels der internationalen Verhältnisse entstandenen Lage ziehen".

Und den Nichtmarxisten sagt er: "Es wäre im Lichte dieser Politik müssig, über Umkehr und Wandlungen zu philosophieren... Um Missverständnisse auszuschliessen - es handelt sich hier keineswegs um eine Revision der Weltanschauungen und ihrer Begriffe..."

Aber nicht diese Erklärungen sind massgebend, sondern das praktische Vorgehen, das ein Sichanpassen an die "Notwendigkeiten des Alltags bedeutet, dessen Gesicht von Stunde zu Stunde garstigere Form trägt und unbekümmert um weltanschauliche Differenzen zu einer lebendigen und tätigen Verbundenheit aller demokratisch und freiheitlich empfindenden Bürger drängt".

Dieses praktische Vorgehen ist aber ein Verzicht auf die Klassenkampfparole. Wenn Grimm sich zu folgendem Bekenntnis aufschwingt: "Die harte Notwendigkeit, das im Dröhnen unmittelbar heraufziehender Gefahren eintretende Bewusstsein der Abwehr, die Einsicht, dass solche Abwehr nur auf der Grundlage ehrlicher Bereitschaft gedeihen und diese Bereitschaft nur am Herdfeuer aufrichtiger Volksverbundenheit geschmiedet werden könne, führte zu einer Realpolitik, die positive Ergebnisse für das Land und für das Volk und nicht zuletzt auch für die Arbeiterschaft zeitigte", dann mag er das nennen wie er es will, praktisch ist es doch ein Aufgeben des marxistischen Klassenkampfes.

Das ist nicht nur die Haltung der Parteileitung, sondern weitgehend die der sozialistischen Gefolgschaft in der Partei und den Gewerkschaften. Die Statistik der Arbeitstageverluste durch Streiks gibt für das erste Halbjahr 1939 nur die Zahl 2938 an gegenüber 10,279 im ersten Halbjahr 1938. Die Kommunisten haben nur mit Unmut von dieser Statistik Kenntnis genommen und in ihr den Beweis einer "sehr gefährlichen Passivität der Arbeiterbewegung" gesehen ("Freiheit" 26.7.39). Das ist aber nicht Passivität, sondern Ueberdruß an den abgedroschenen Klassenkampfparolen und Erwachen eines Gefühls der Verbundenheit mit allen Mitbürgern, das Klassen nicht mehr kennt.

Was in der Schweiz vor sich geht und was Grimm mit dem Begriff "Realpolitik" der Sozialdemokratie charakterisiert, ist eine Erscheinung, die heute fast überall im sozialistischen Lager wahrzunehmen ist. Der bekannte Schriftsteller Konrad Halden hat kürzlich in Paris einen Vortrag gehalten und darin unumwunden erklärt, er glaube nicht mehr an den Klassenkampf im alten marxistischen Sinne. Heidens Ausführungen haben in der sozialistischen Weltpresse mehr zustimmenden als ablehnenden Widerhall gefunden.

Dieser Wandel in der Frage des Klassenkampfes bezieht sich nach unseren Ausführungen nur auf die Sozialdemokratie und die anderen Gruppen der II. Internationale. Die Kommunisten halten stur am Klassenkampf und an der Diktatur des Proletariats fest. Davon in der nächsten Nummer der "Apologetischen Blätter".

3. Protestantische Heidenmissionen.

Statistisches zur Weltmissionskonferenz.

Der Schweiz. evangelische Pressedient berichtet darüber:
"Zur Vorbereitung der Weltmissionskonferenz in Tambaram gehörte auch die Herausgabe einer neuen Statistik der Protestantischen Weltmission, aus der sich interessante Vergleiche mit der Statistik der Jerusalemer Konferenz im Jahre 1928 ergeben. Die neue Statistik fusst auf den Zahlen von 1935, während die von Jerusalem auf 1925 zurückging.

Die Zahl der evangelischen Missionsgesellschaften wird mit insgesamt 451 angegeben, 40 mehr als im Jahre 1925. Etwas mehr als die Hälfte, nämlich 230, sind englische bzw. amerikanische Missionsgesellschaften. Die grösste Steigerung der Zahl der Missionsgesellschaften in diesem Zeitraum weist die Schweiz auf, für die 1925 nur drei Gesellschaften angegeben waren gegenüber jetzt neun.

Die Einnahmen der 451 Missionsgesellschaften werden mit insgesamt 155 Millionen Franken angegeben, während sie 1925 350 Millionen Franken betragen. Die Einnahmen gingen also unter dem Einfluss der wirtschaftlichen Krisis auf weniger als die Hälfte zurück.

Der europäische bzw. amerikanische Arbeiterstab ist bei einer Gesamtzahl von 27,577 nur um 433 geringer als 1925, wobei aber zu bemerken ist, dass er auf den asiatischen Feldern um 2206 zurückging, während die afrikanischen Felder 2158 europäische Arbeiter mehr aufweisen als vor 10 Jahren.

Der eingeborene Arbeiterstab hat in den 10 Jahren eine Steigerung um 33% erfahren und beträgt 1935 203,468 Personen im Dienst der Mission und Eingeborenkirchen. Auf den afrikanischen Feldern ist er dabei um 89 % gestiegen.

Die Zahl der Missionsstationen ist bei 6172 um 100 höher als vor 10 Jahren. Der Vermehrung der Missionsstationen in Afrika um 300 steht gegenüber eine Verringerung der Zahl in Australasien um 200.

Die Christenzahl aller protestantischen Kirchen auf den Missionsfeldern stieg in diesen 10 Jahren von 6.462,257 auf 10.971.066, unter denen 6.045,726 Abendmahlsberechtigzte sind. Es darf wohl angenommen werden, dass heute die Christenzahl etwa das Doppelte von 1925 beträgt. Auf die einzelnen Kontinente verteilt, weist Asien eine Steigerung der Kommunikantenzahl um 673,765, Afrika eine solche von 1.147,618 und Australasien 329,632 auf.

Was sagen uns diese Zahlen? Sie zeigen:

Eine gewaltige Verlagerung des Missionsschwergewichtes von Asien nach Afrika. Die Zahl der Missionen, der eingeborenen Arbeiter, der eingeborenen Christen und Missionsstationen ist in Afrika in ganz erstaunlichem Masse gewachsen im Verhältnis zu den übrigen Gebieten. Hier scheint augenblicklich die grösste Missionsmöglichkeit zu sein und darum auch die grösste Missionsaufgabe.

Trotz des Rückganges der Missionseinnahmen auf weniger als die Hälfte unterhalten die Missionsgesellschaften nahezu den gleichen europäischen Arbeiterstab und die gleiche Zahl von Missionsstationen. Das lässt auf ein sparsames Haushalten der Missionen schliessen. Der Hauptgrund aber ist das viel stärkere Verantwortungsbewusstsein der nun grossenteils selbständig gewordenen Missionskirchen für ihre eigenen Bedürfnisse, aber auch für die Missionsaufgaben in ihren Gebieten.

Das Anwachsen der Christenzahl kann zeigen, wie trotz des wirtschaftlichen Rückganges, der politischen Unruhe, trotz aller Anstrengungen von nationaler Seite zur Erweckung der arbeitsamen Religionen und trotz des Siegeszuges der europäischen Gottlosigkeit das Reich Gottes wächst "

3. Nationalsozialismus.

Der grossdeutsche Studententag in Würzburg

Einen Markstein in der Geschichte des deutschen nationalsozialistischen Studentums bedeutet der vom 23.- 27. Mai in Würzburg abgehaltene grossdeutsche Studententag. Schon rein äusserlich war es die machtvollste Kundgebung, die seit dem Machtantritt des Nationalsozialismus von studentischen Kreisen stattgefunden hat; es waren ca. 3000 reichsdeutsche Studenten in braunem Hemd, die Studentinnen in schwarzer Kluft, anwesend; dazu 110 Sudetendeutsche in graublauem Hemd, 110 "volksdeutsche" Studenten aus allen Ländern der Welt, in weissem Hemd. Nahezu 1000 Altherren; 300 Ehrengäste und schliesslich Vertretungen aus Italien, Ungarn, Jugoslawien, Japan, Bulgarien, der Slowakei, Finnland und Südafrika.

1) Die neuen Kameradschaften:

Die Tagung begann mit einer Totenehrung und der Namensverleihung an 87 neue Kameradschaften. Damit erhöht sich die Zahl der bestehenden Kameradschaften auf gesamt 787. Sie umfassen nunmehr über 47,000 Studenten. 80 Prozent aller ersten Semester gehören diesen Kameradschaften an. Ueber den soldatischen Geist dieser neuen studentischen Erziehungsgemeinschaften, wie über die Kasernenordnung in den Kameradschaftshäusern haben die "Apologetischen Blätter" bereits am 26.10.38 Näheres berichtet. Die Namen der neuen Kameradschaften betonen diesen Geist stark: Dr.Scheel, der Reichsstudentenführer, teilte sie in seiner Ansprache in 3 Gruppen: "Ihr bekennt euch erstens zu jungen Männern unserer grossen deutschen Geschichte, deren Wesenskern der mutige Entschluss und die vorwärtsschreitende Tat war. Was anderes sollte uns das Leben von Männern wie Hutten, York, Körner, Fichte, Scharnhorst und Bismarck lehren". Zum zweiten bekennt ihr, dass ihr das Schicksal eurer Zeit selbst mitanpacken wollt, damit kommende Generationen sagen können: sie haben eine neue Ueberlieferung mit neuen Zielen auf neuen Wegen geschaffen. So will ich euer Bekenntnis ... verstanden wissen, wenn ihr Namen aus dem Kampf um Existenz und Lebensraum unseres Volkes, wie Prinz Eugen, Herrmann von Plauen, Hanse, Aspern, Kärnten, Egerland u.a. gewählt habt. Vergesst niemals das Gesetz, das aus der Geschichte spricht: Die Jugend eines Volkes darf niemals getrieben werden, sondern muss selber treiben". Die dritte Gruppe charakterisiert Scheel also: "Die Bewegung wird unüberwindlich bleiben, solange die Jugend kompromisslos, der Furcht lachend und selbstlos in Treue lebt und, wenn es nötig ist, so zu sterben versteht, wie unsere Toten es von uns erwarten". Es folgen Namen von Toten der Bewegung wie Hans Schemm, Wilhelm Gustloff, Ernst von Rath, die Dollfussmörder etc.- Wenn Ende 1937 der heute noch amtierende Dr.F.Gauwerky, Reichsfachgruppenleiter Medizin, im "Jungarzt" schreiben konnte: "Die Hochschule ist keine Kompagnie Soldaten, der man befehlen kann, in welcher Richtung sie zu marschieren hat", so ist heute diese Zeit vorbei. Der Befehl ist da und der Student marschiert.

2) Das sozialistische Wollen:

Am gleichen Dienstag Vormittag fand die feierliche Eröffnung der Tagung in den Muttensälen statt. Das interessante Referat hielt der bayrische Ministerpräsident Siebert. Er stellte das sozialistische Wollen der NSDAP und dessen Durchsetzung an den deutschen Hochschulen heraus. Er bezeichnet es als undenkbar, dass unter Millionen Arbeiterkindern nur ein Gesamtprozentsatz von 2,6 Prozent leistungsmässig den Anforderungen für ein Hochschulstudium entsprechen würde. Mittel, diesem Uebelstand abzuhelpen, sind der Reichsberufswettkampf; das Langemarkstudium und die Fachgruppen-Arbeiten.

a) Diese Rede des Ministerpräsidenten fand ihre sinngemässe Fortsetzung zunächst am folgenden Mittwoch, der ganz dem studentischen Reichsberufswettkampf gewidmet war. Die Ergebnisse des letzten Jahres, das unter der Parole "Lebens-

ordnung des deutschen Volkes" stand, waren in einer "Leistungsschau" zu sehen. Die mit dem Reichssieg ausgezeichneten Arbeiten zeigen, wie die Wissenschaft heute sozialen Zwecken dienstbar gemacht wird. So untersucht man etwa, wie sich ein ehemaliges Herrschaftshaus zu einem Jugendheim umbauen oder eine Fabrik nach den Grundsätzen von "Schönheit und Arbeit" einrichten lasse. Man untersucht den Gesundheitszustand eines volksdeutschen Dorfes, man behandelt das Rasserecht in den Kolonien usw.- Als Thema für den kommenden 5. Reichsberufswettkampf werden Fragen, die den deutschen Osten betreffen, genannt. Grenz- und Auslandsdeutschtum, Siedlungs- und Arbeitsverfassung im Osten, deutsche Kolonien, Volksgesundheit und Volksernährung werden hier u.ä. als Themen genannt. Nicht weniger als 60 % aller Arbeiten des letzten Reichsberufswettkampfes dienten einem unmittelbar praktischen Zweck der Volksgemeinschaft. Der Prozentsatz soll in diesem Jahr noch erhöht werden. Sinn des Reichsberufswettkampfes ist es somit, die Wissenschaft von der Selbstinkapselung zu befreien und dem Volksganzen in der Zielsetzung, sei es bezüglich der Politik oder Wirtschaft oder Hygiene etc. unterzuordnen d.h. zu sozialisieren. Es versteht sich, dass dazu nur echt nationalsozialistische Menschen befähigt sein können, weshalb für die Zulassung zur Teilnahme zunächst der Besitz eines körperlichen Leistungsabzeichens verlangt wird, ferner politisch einwandfreie Haltung etc. Darüber hinaus werden auch mit anderen Ländern Leistungskämpfe auf dem Gebiet der Wissenschaft ausgefochten werden, so mit Italien, Japan, Bulgarien, Finnland.

Bedeutsam war in dieser Hinsicht auch die Rede Hauptamtsleiters Parteigenosse Claus Selzner, der die Grüße des Leiters der DAF (deutschen Arbeitsfront) Dr. Leys, überbrachte. Er sprach über den "Wettkampfgedanken in der deutschen Sozialpolitik". Bekanntlich spielen auch in der DAF die Wettkämpfe eine bedeutende Rolle, ähnlich wie in Russland die Stachanowbewegung. Wie im Bereich des allgemeinen Berufswettkampfes die Betriebe die Einheiten seien, so seien diese Einheiten auf dem Gebiet der Hochschule die Arbeitsgemeinschaften. Wenn der Leistungsgedanke siegt, dann würde der Quantität der Demokratie die Qualität schöpferischer Leistung entgegengestellt. Aus der "Arbeiterpartei" müsse sich heute das "arbeiter-tümliche Denken" entwickeln, damit aus der erkannten Schicksalsgemeinschaft aller Volksgenossen die bekannte Volksgemeinschaft und aus dieser die Leistungsgemeinschaft erwachse. "Es wird durch den Sozialismus der Tat gelingen, dass an die Stelle der Besitzaristokratie die Leistungsaristokratie gesetzt wird".- So stellt der Reichsberufswettkampf den Versuch dar, die Hochschule geistig zu sozialisieren.

b) Ebenfalls in der Linie der Sozialisierung der Hochschule lag die bei jeder Gelegenheit hervorgehobene Bedeutung der sog. Langemarkstudenten, von denen 250 an der Tagung mit ihren Lehrern teilnahmen. "Die Bewegung", das Zentralorgan des NSD Studentenbundes, schreibt: "Hier stand ein Menschentyp in den Kameraden vor uns, wie wir ihn uns wünschen. Gerade, offen, soldatisch und klar". Die Langemarkstudenten haben ihren Namen von jenem kleinen nordöstlich von Ypern in Flandern gelegenen militärischen Stützpunkt, den am 11.11.1914 junge deutsche kriegsfreiwillige Studenten unter dem Gesang: "Deutschland, Deutschland über alles" unter schwersten Verlusten erstürmten. Das Langemarkstudium stellt einen Versuch dar, den Zugang zur Hochschule ohne Reifeprüfung für bestimmte Fächer auch minderbemittelten oder mittellosen tüchtigen jungen Leuten zu ermöglichen. Es soll also den Zugang zum Studium "sozial erweitern". Freilich könne es sich dabei, wie Dr. Scheel in einer Rede vom 10. Dez. 1938 erklärte, nach nationalsozialistischem Grundsatz nicht darum handeln, einen "Aufstieg der Begabten" zu fördern, sondern einzig und allein darum, jeden Begabten an den richtigen Arbeitsplatz zu setzen, wo er für sein Volk eine Höchstleistung vollbringen könne.- Das Langemarkstudium ist jedoch nicht gegründet um dem mangelnden Akademikernachwuchs abzuhelpen, sondern es stellt eine dauernde Einrichtung dar, die einer politischen Idee dient und Jahr für Jahr den Tüchtigsten des gesamten Volkes das Recht auf eine kostenlose Ausbildung an einer deutschen Hochschule verwirklicht, wie Dr. Scheel in der

gleichen Rede betont. Die Kandidaten werden von der NSDAP, ihren Gliederungen und angeschlossenen Verbänden, der Wehrmacht und dem Reichsarbeitsdienst namhaft gemacht. Zum Teil werden sie auch aus den tüchtigsten Siegern in den Reichsberufswettkämpfen der DAF gewählt. Nach der auf diese Weise getroffenen Auswahl beginnt aber erst die eigentliche "Auslese". Dr. Gmelin, der Beauftragte des Langemarkstudiums, spricht von einer "totalen Auslese". Danach wurden z.B. für das Langemarkstudium in Hannover, das im Dezember 1938 eröffnet wurde, von 380 jungen Menschen, die Gauleiter Koch zusammengestellt hat, nach sog. "Vorauslese" 200 in verschiedenen "Ausleselagern" von 30-40 Mann zusammengefasst. Aus diesen wurden schliesslich 45 für das Langemarkstudium ausgewählt. Es wurden zwei schriftliche Prüfungen abgehalten und sog. "Rundgespräche" veranstaltet. Das Urteil der an der Prüfung beteiligten Persönlichkeiten, das ohne jede Fühlungnahme miteinander zustandekommen sei, habe genau übereingestimmt. Auch das Urteil der Teilnehmer der Lager habe sich mit dem der Prüfenden zu 99 % gedeckt. Nach dieser Auslese haben die jungen Leute eine 1 1/2 jährige "Gemeinschaftserziehung" durchzumachen, das eigentliche Langemarkstudium. Um die "Grundfächer": Rasse, Volkstum und Geschichte gruppiert sich der Lehrplan, der Deutsch, Geschichte, nationalsozialistische Staatslehre, Biologie und Geographie enthält. Auf der Grundlage dieser "weltanschaulich bestimmten Fächer" erfolgt dann ein eingehender Unterricht in Mathematik, Physik und Chemie, Fremdsprache Englisch. Nach einem halben Jahr allgemeiner Bildung spezialisiert sich der Unterricht in zunehmendem Masse auf die Vorbereitung jener Fächer, die der Betreffende auf der Hochschule studieren will. Endlich nach 1 1/2 Jahren wird der Langemarkstudent den übrigen Hochschulstudenten angegliedert, erhält aber für 6 - 7 weitere Semester einen Wechsel von 100 - 120 RMk. Langemarkstudenten gibt es bis jetzt an 4 Hochschulen, es sind die Universitäten Heidelberg und Königsberg und die Technischen Hochschulen in Stuttgart und Hannover. Man erwartet, dass mit den Langemarkstudenten "sich das Gesicht der deutschen Hochschule entscheidend wandeln wird".

Dr. Gmelin konnte am Würzburger Studententag in der zweiten öffentlichen Arbeitstagung über das Wachstum des Langemarkstudiums Bericht erstatten. Er konnte feststellen, dass er bei allen Stellen des Staates und der Partei begeisterten Widerhall gefunden habe. Für das Studententum sei die Errichtung des Langemarkstudiums eine Krönung seines "sozialistischen Wollens". Es werden von nun an jährlich wenigstens 1000 Mann im Langemarkstudium ausgebildet. Die Erfahrungen in Heidelberg und Königsberg - sie bestehen seit 2 Jahren - hätten gezeigt, dass nicht nur die Form der Auslese und Erziehung richtig sei, sondern dass die ehemaligen Angehörigen des Langemarkstudiums zu den besten Studenten zählten und nicht nur in den Prüfungen, sondern vor allem in der politischen Arbeit der nationalsozialistischen Bewegung sich hervorragend bewährten. Es stellt somit die Gruppe der Langemarkstudenten einen Einbruch von unten her in die immer noch dem Nationalsozialismus gegenüber stark zurückhaltende soziale Schicht der Gebildeten dar.

3) Revolution und Tradition.

Am Abend des ersten Tages fand auf dem Residenzplatz der Stadt Würzburg eine gewaltige Kundgebung statt, zu der auch die Bevölkerung zugelassen war. Es sprach Reichsleiter für Weltanschauung Alfred Rosenberg. "Die vielen Kirchen, die hier in Würzburg stehen, sind bestimmt nicht Stätten, in denen unsere Jugend sich weltanschaulich angesprochen fühlt, aber sie sind Bauten, in denen der Gestaltungswille bester deutscher Menschen steckt". In der Geschichte der Menschheit sei es nicht entscheidend, in welcher Epoche man gelebt, sondern welchen Charakter man dem Schicksal gegenüber einnehme. "Es ist unsere Aufgabe, die Kontinuität der Geschichte zu begreifen. Wissenschaften, Konfessionen, Staatsformen sind wandelbar, aber nicht die innere Charakterhaltung zum Schicksal selbst". So sei die 5. Symphonie von Beethoven eher eine göttliche Offenbarung als alle Sprüche des Alten Testaments zusammengenommen. "Wir bekennen uns mit Hochachtung zur Vergangenheit, aber sie ist tot - die grosse kirchliche Zeit, die grosse fürstliche Zeit. Das nationalsozialistische Zeitalter der deutschen Nation ist angebrochen... Wir müssen für die Zukunft so leben, dass von uns gilt: Mehr konnte kein Gott von uns verlangen".

Die Rede ist nach einer doppelten Seite bemerkenswert. Sie fordert

10
einerseits die völlige Loslösung von allem Konfessionalismus. Dr. Scheel führte im Schlusswort der gesamten Tagung am Samstag diesen Gedanken weiter aus. Er verlangte von jedem eine kompromisslose nationalsozialistische Haltung und völlige Freiheit von Bindungen konfessioneller oder anderer ideologischer Art. Die Rede Rosenbergs will aber andererseits in der Haltung traditionsgebunden sein. Auch diese Seite fand in der Tagung ihre Fortsetzung: Am Freitag wurde auf der alten Festung Marienberg ein Institut für Studentengeschichte eröffnet. Seine Aufgabe soll es sein, über eine jahrhundertelange Tradition Rechenschaft zu geben und von daher Ausblicke für die Zukunft zu gewinnen. Die Leitung hat SS Hauptsturmführer Dr. Brüggemann. Er selbst führte aus, es handle sich zuletzt um einen politischen Auftrag. Die nationalsozialistische Wirklichkeit werde nicht die Ergebnisse dieser Arbeit, wohl aber ihre Aufgaben diktieren. Zunächst soll eine einheitliche grossdeutsche Studentengeschichte geschrieben werden, dann das historische Verhältnis des deutschen Studententums zu Fragen des Auslandsdeutschtums, seine Stellung zu volkszersetzenden Faktoren, wie Judentum, Liberalismus, Freimaurerei und Konfessionalismus untersuchen, schliesslich exakte Untersuchungen über soziale Herkunft und soziale Selbstverwaltung des deutschen Studententums anstellen. Das Institut stellt einen Versuch dar, die Altherren zur Arbeit heranzuziehen.

Andere Versammlungen behandelten die Stellung der Frau zur Hochschule, die finanzielle Lage der Dozenten, den Mangel an Ärzten und Ingenieuren, den Wehrwillen der Studenten, die Verkürzung der Ausbildungsdauer usw. Wir können nicht näher darauf eingehen.

4) Ueberblick:

Zeichnen wir nunmehr die geistige Lage, die sich auf der Würzburger Tagung offenbarte, so lässt sie sich kurz folgendermassen zusammenfassen.

a) Endlich ist es dem Nationalsozialismus gelungen, auch die Hochschule, die bisher "passiven Widerstand" leistete, zu erobern. Hatte sich noch im Jahre 1938 auf der Heidelberger Studententagung eine starke Opposition bemerkbar gemacht, sodass sogar "Die Bewegung", das Zentralorgan des Bundes, schrieb: "Es wäre aber durchaus nicht am Platz, wissenschaftliche Entscheidungen mit politischer Autorität durchsetzen zu wollen", so sind in Würzburg alle derartigen Stimmen erstarben. Lediglich gegenüber den Altherren klingt noch ein drohendes Grollen in einer Rede Scheels durch. Der Sieg war freilich ein Pyrrhussieg. 45 Prozent des Lehrkörpers wurden nach den Angaben SS Standartenführers, Amtschefs im Reichswissenschaftsministerium Prof. Dr. Menzels in den 6 Jahren nationalsozialistischer Herrschaft ihres Postens enthoben. Die Zahl der Studierenden hat sich erschreckend vermindert. Nach Reichsstudentenführer Dr. Scheel ist ein ungedeckter Nachwuchsbedarf von 15,000 Köpfen zu verzeichnen. Dir. Dr. Ing. Körfer will sogar die 1939 fehlenden Ingenieure allein auf 17,600 beziffern. Ähnliches gilt von den Ärzten.

b) Nach errungenem Sieg soll nun die Zurückhaltung des Staates gegenüber der Universität ein Ende haben. Prof. Menzel teilt mit, dass im Jahr 1937 die Nettzuschüsse des Reiches und der Länder zusammen für alle Universitäten und wissenschaftlichen Institute (sachliche und personelle Kosten) 145 Millionen RMk. betragen hätten und setzt diese Zahl in Vergleich zu den Milliardenbeträgen, welche die Wirtschaft verschlungen habe. Hier wird Abhilfe gefordert.

c) Ideell soll jedoch nunmehr die Hochschule in das Volksganze eingegliedert werden, in die Politik, in das soziale Gefüge, in die Geschichte, wie wir es an Hand der Berichte oben gezeigt haben. Man ist sich durchaus bewusst, dass hier die Hochschule noch am Anfang der Revolution steht. Dr. Scheel betonte dies in seiner Schlussrede ausdrücklich. Man erstrebt eine grundsätzliche Korrektur bisher absoluter Wertbegriffe wie Geist und Bildung. "Sie bedürfen... einer neuen nationalsozialistischen Wertung". Volkstnahe und in grössere oft unmittelbare Nähe zu den politischen Aufgaben gerückt soll die Wissenschaft werden. Darum neue Lehrstühle für Rassenforschung, Bauernkunde, Wehrphysik, Volkstumsfragen; aber auch Erntehilfe der Studenten und die bereits oben gezeichneten Bestrebungen. "Die Wissenschaft wird so", schreibt die "Frankfurter Zeitung", "der Politik nicht unter-, jedoch eingeordnet, ebenso wie die Bildung heute als ein Teilgebiet der Charaktererziehung angesehen wird. Damit aber ist in Wahrheit schon eine neue Rangordnung der Werte verbunden. Instinkt und Tatkraft sollen durch das Wissen nicht beherrscht, sondern unterstützt und gestärkt, dieses soll jenen nutzbar gemacht werden".

d) Der Einfluss des Christentums ist auf dieser Hochschule völlig ausgeschaltet, ja eine konfessionelle Haltung wird als mit der nat. sozialistischen unvereinbar angesehen. Dr. Scheel glaubt diese, wie er sagt, "verschärfte Forderung" insbesondere für Mitglieder vom Kameradschaftsführer an erheben zu müssen.